

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(17. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Liesel Hartenstein,
Michael Müller (Düsseldorf), Heidemarie Wieczorek-Zeul,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/6439 —**

Weißbuch über die Kosten der Nichtverwirklichung einer Europäischen Umweltgemeinschaft

A. Problem

Das mit der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes verbundene wirtschaftliche Wachstum hat verstärkte Umweltbelastungen zur Folge. Da die Vermeidung von Umweltschäden langfristig wesentlich kostengünstiger ist als die Sanierung von Umweltschäden, ist eine umfassende Umweltvorsorge nicht nur ein Gebot ökologischer, sondern auch ökonomischer Vernunft.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung daher u. a. aufgefordert werden, sich im EU-Ministerrat dafür einzusetzen, daß die EU-Kommission ein „Weißbuch über die Kosten der Nichtverwirklichung der Europäischen Umweltgemeinschaft“ vorlegt, das insbesondere eine Darstellung der notwendigen Maßnahmen und Reformen auf dem Weg zu einer europäischen Umweltunion enthält.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuß ist mehrheitlich der Auffassung, die Bundesregierung setze sich im EU-Ministerrat in vorbildlicher Weise für umweltpolitische Ziele ein. Insofern erübrige sich eine zusätz-

liche Aufforderung des Deutschen Bundestages an die Bundesregierung.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Annahme des Antrags der Fraktion der SPD.

D. Kosten

wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 12/6439 abzulehnen.

Bonn, den 23. Juni 1994

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Wolfgang von Geldern
Vorsitzender

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Berichterstatter

Dr. Liesel Hartenstein
Berichterstatterin

Gerhart Rudolf Baum
Berichterstatter

**Bericht der Abgeordneten Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach),
Dr. Liesel Hartenstein und Gerhart Rudolf Baum**

Der Antrag auf Drucksache 12/6439 wurde in der 231. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. Mai 1994 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den EG-Ausschuß überwiesen.

Der EG-Ausschuß hat in seiner 51. Sitzung am 20. April 1994 die Vorlage abgelehnt.

Der Antrag stellt fest, die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes und das damit verbundene wirtschaftliche Wachstum ermögliche eine Verbesserung der Lebensbedingungen für alle sowie eine Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb der Mitgliedstaaten. Auf der anderen Seite sei auch mit verstärkten Umweltbelastungen zu rechnen.

Die Bundesregierung soll daher u. a. aufgefordert werden, sich im EU-Ministerrat dafür einzusetzen, daß die EU-Kommission ein „Weißbuch über die Kosten der Nichtverwirklichung der Europäischen Umweltgemeinschaft“ vorlegt. Dies entspreche der im April 1993 vom Europäischen Parlament verabschiedeten gemeinsamen Resolution. In dem Weißbuch solle sowohl eine Kostenrechnung für den Status quo enthalten sein, als auch ein Vergleich der Kosten, die bei Fortführung der bisherigen Entwicklungsmu-

ster entstünden, mit denjenigen, die bei Einleitung einer dauerhaften Entwicklung entstehen würden. Darüber hinaus solle das Weißbuch insbesondere eine Darstellung der notwendigen Maßnahmen und Reformen auf dem Weg zu einer Europäischen Umweltunion enthalten.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 23. Juni 1994 beraten.

Von seiten der antragstellenden Fraktion der SPD wurde dargelegt, gerade die bevorstehende deutsche Präsidentschaft in der Europäischen Union biete Gelegenheit, über das Weißbuch die notwendigen Maßnahmen und Reformen hin zu einer Europäischen Umweltunion auf den Weg zu bringen.

Von seiten der Koalitionsfraktionen wurde demgegenüber ausgeführt, die Bundesregierung setze sich im EU-Ministerrat in vorbildlicher Weise für den Umweltschutz ein. Insofern erübrige sich eine zusätzliche Aufforderung des Deutschen Bundestages an die Bundesregierung.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/6439 zu empfehlen.

Bonn, den 20. Juli 1994

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)

Berichterstatter

Dr. Liesel Hartenstein

Berichterstatte

Gerhart Rudolf Baum

Berichterstatter